

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 35 (1955-1956)

Heft: 12

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

STIMMEN DER WELTPRESSE

Am Vortag der französischen Wahlen, veröffentlichte *Antoine Pinay*, Außenminister des letzten Kabinetts, einen Aufsatz in der *Revue des deux Mondes* (1, 1956), den er *Le sens d'un scrutin* überschrieb. Die Auflösung der französischen Kammer war von Anfang an umstritten und je nach den politischen Bestrebungen begrüßt oder angefochten worden. Aus diesem Grund nahm Pinay im ersten Teil seines Artikels die Motive der Auflösung durch und unterstrich ihre Rechtmäßigkeit. Er verweilte bei diesen ephemeren Auseinandersetzungen nur solange, bis er den Hauptgegensatz des Wahlkampfs herausgeschält hatte: Immobilismus von gestern contra Tatwillen von morgen. — Es ist einleuchtend, daß der Minister einer scheidenden Regierung deren Amtstätigkeit verteidigt. Pinay verfehlte darum nicht, die Zügelung der Inflation, die Stabilität der Wirtschaft und ihren langsamem Aufstieg herauszustreichen. Nach dieser Retrospektive griff er das heiße Eisen an: die Reform des Staates. Pinay ist sich des im Herzen des Volkes schwelenden Wunsches nach Verbesserung und Gesundung des Staatsapparates völlig bewußt, untersucht freimütig die verfahrenen Zustände und macht Vorschläge zur Abhilfe. Im Streit zwischen Immobilismus und Tat schlägt er, der Konservative, sich auf die Seite der Tat. Dazu ist er wie heute kaum ein zweiter französischer Politiker berufen, leitet ihn doch ein gesunder Sinn für die konkreten Probleme des Lebens, den er als Besitzer eines mittleren Gerebereibetriebes während Jahren erworben hat. Nicht in starren ideologischen Bahnen eingefahren, sucht er nach praktischen Lösungen. So läßt er sich gar nicht auf die tote Klassifizierung von «rechts» und «links» ein, sondern strebt nach einer *Umwandlung in Ordnung und Ruhe*. Der neuen Regierung stellt sich das Problem der «Struktur-Veränderung des Staates»; alles was die zurückgebliebene «Regierungs- und Ver-

waltungsmaschine» modernisiert, muß seiner Meinung nach unternommen werden. Dazu gehört in vordringlicher Weise die Anpassung «unseres alten formalistischen und zentralistischen Staates» an die heutige Denkart. Die Organisierung und Nutzbarmachung der französischen Provinzen geht damit Hand in Hand. Sie trachtet nicht nach Regionalautonomie, sondern nach dem Ende der strengen Bevormundung seitens der Zentralgewalt (Pinay, der aus der Provinz stammt, lehnt damit dieser seine Stimme gegen die selbstherrliche Hauptstadt). Der Staat darf nicht — wie bisher — die «Vorsehung der Gemeinschaft wie des Einzelnen» sein. Vor der wuchernden Gesetzgebung steht der Bürger wie vor einem drohenden Gestrüpp; wie soll er zur Einsicht dessen kommen, was daran nützlich, was zweitrangig, d. h. hinderlich ist? Der Verfasser weist auf die Untersuchungen des Leistungsertrages hin, denen sich einige Verwaltungsbiete unterzogen hatten, ohne daß ihnen jedoch bindende Entscheidungen gefolgt wären. Sie könnten die Orte der Einschränkung der Staatsausgaben anzeigen, meint er, denn die üblichen pauschalen Abstriche im Budget blieben wirkungslos. Doch nicht dem Staat allein, auch der Armee empfiehlt er diese Methode (die dem Unternehmer Pinay geläufig ist). Dabei geht es ihm nicht darum, um die Form der notwendigen Opfer (Kürzung der Kredite oder der Dienstzeit) zu markten. Vielmehr liegt ihm die Sorge der Jugend am Herzen, der man zu verstehen gibt, «daß der bedeutende Aufwand von Mitteln noch keine moderne Organisation der Streitkräfte zu verwirklichen gestatte». Die Armee muß «neu durchdacht» werden, ist seine bemerkenswerte Schlußfolgerung. — Diese «wirklichen» Probleme entscheiden letztlich über Frankreichs Stellung in der Welt sowie im eigenen Kolonialreich. An dieser Stelle bekennt sich Pinay deutlich zur europäischen Zusammenarbeit. In der Zeit der großrä-

migen Wirtschaft ist die abgeschirmte nationale Wirtschaft überholt. Und es ist ebenso augenfällig, daß kein Staat seine nationale Sicherheit mit eigenen Mitteln bestreiten kann: diese Erkenntnis ist die Grundlage von Frankreichs Treue zum Atlantikpakt. Die europäische Idee ist daher der Ausdruck eines Nationalismus, der unsere Zeit verstanden hat. Die Wechselwirkung von Nationalstaat und Staatengemeinschaft gibt Pinay die Perspektive zur Lösung der Probleme der französischen Union; eine Versöhnung der legitimen Rechte mit den unüberhörbaren Ansprüchen fügt sich in die gleiche Politik. — Das sind die Probleme jener Revolution der «lebendigen Ordnung», die Pinay verficht. Es ist sicher, daß Frankreich sie durchführen kann, denn es hat keine seiner traditionellen Eigenschaften verloren, mag es selbst auch daran zweifeln. Für den Rückstand seines Landes macht er zwei Gründe haftbar: «Unser Land ist weder geeint noch regiert.» Daraus erwächst ihm ein Unterlegenheitsgefühl, ja ein Schuldgefühl. Was es in Afrika Beträchtliches geleistet hat, ist es als erstes bereit zu schmähen. Gebannt schaut es auf die politische Stabilität und den wirtschaftlichen Aufschwung einiger Nachbarn, als ob das Riesenwerke wären, die der Nacheiferung spotteten. — Gegen diese moralische Krise gilt es zuerst vorzugehen. Pinay ist dazu zweifellos einer der Geeigneten, weiß er doch zutiefst, daß «in einer Zeit, welcher der technische Fortschritt unvorhersehbare Perspektiven öffnet, die französische Erneuerung eine Aufgabe ist, begeisternder als jede andere, unter der Bedingung, daß man bereit ist, ihren Anforderungen die Stirn zu bieten».

Die offiziell als neutralistisch ausgegebene, nach unseren Erkundigungen stark links zielende Wochenzeitung *France Observateur* enthält in ihrer Nummer vom 12.. 1. 56 nähere Angaben über den für Ende Februar oder Anfang März vorgesehenen offiziellen Besuch einer aus zehn Personen bestehenden Abordnung der Sozialistischen Par-

tei Frankreichs in Moskau. Haupttriebkraft für die Initiative zu diesem Besuch soll der Wunsch Moskaus sein, die Politik der «friedlichen Koexistenz» zu festigen. Die Zeitung spricht in diesem Zusammenhang von einer «Super-Internationale», in welcher die kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder in voller Selbständigkeit erhalten bleiben, aber eine enge taktische und praktische Zusammenarbeit mit den sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien durchführen sollen. Schließlich prägt die Zeitung den Ausdruck einer *UNO des Sozialismus*.

Im Hinblick auf die kürzlich erfolgten *griechischen Parlamentswahlen* und angesichts der Aufdeckung einer kommunistischen Geheimorganisation und eines kommunistischen Geheimsenders rechtfertigt es sich, auf die Ausführungen der offiziösen Zeitung *Le Messager d'Athènes* vom 15. 12. 55 hinzuweisen. Die Zeitung unterscheidet drei Phasen im ununterbrochenen Kampf des Kommunismus um die Macht. In der ersten Phase (Beginn Dezember 1944) ist die «Volksarmee für die Befreiung» (Elas), welche die kaum aus dem Exil zurückgekehrte, fast waffenlose, legale Regierung bekämpfte, mit englischen Waffen und englischem Gold gebildet worden. — Hinsichtlich der zweiten Phase hat eine von der UNO nach dem Balkan geschickte Kommission offiziell die von Griechenland vor der UNO vorgebrachten Beschuldigungen bestätigt, wonach die Satellitenstaaten Operationsbasen für die kommunistischen Truppen darstellten und Ausrüstung und Verpflegung von einem Oberkommando der kommunistischen Internationale gesteuert wurden. — In der gegenwärtigen dritten Phase sind die Kominformländer noch immer die Operationsbasen der KKE (Kommunistische Partei Griechenlands). Hier liegt das große Hauptquartier, liegen die Schulen, in denen Spione, Saboteure und Agenten ausgebildet werden. Von außen kommen die Gelder; von außen kommt das neueste Schlagwort «Volksfront». Auf dieses stellt sich jetzt die extreme Linke ein, zur Errich-

tung des Trojanischen Pferdes, das schon in so vielen Ländern den Kommunismus an die Macht brachte.

In seiner Januarnummer veröffentlichte der stets gut unterrichtete *Intelligence Digest* (London) unter dem Titel: *Impressions from Hong Kong* einen Bericht über den chinesischen Aufmarsch vor Formosa. Die ohnehin nicht optimistische Stimmung auf dem britischen Vorposten in Ostasien wird weiter beeinträchtigt durch Nachrichten von strategischen Bahnbauten und Truppenzusammengügen im kommunistischen China. 40 000 Korea-Veteranen und 3—400 000 Mann erstklassige Truppen sind zusammen mit einer weiteren halben Million Mann in der Gegend von Amoy und dem Hinterland versammelt. 5 Flugplätze, auf denen russische Lieferungen an mittelschweren Bombern und MIG 17 eintreffen, sind nun fertiggestellt. Eine Flotte kleinerer Schiffe hält sich nördlich der Formosa-Straße, also nicht direkt im Aufmarschgebiet, aber doch beunruhigend nahe, bereit. — All das ist besonders gefährlich, weil man in Peking glaubt, die USA würden keineswegs die vorgelagerten Inseln, ja nicht einmal Formosa selbst verteidigen. Auch wenn die Russen zur Zeit, sogar unter Anrufung indischer Vermittlung, versuchen, die Chinesen von übereilten Schritten abzuhalten, so wäre es doch kurzsichtig, nicht mit einer schweren Fernostkrise im Frühjahr zu rechnen und sich darauf einzustellen. Denn Rußland kann nur raten, nicht befehlen, weil es die Initiative in Ostasien China überlassen hat.

Die von Dr. Karl Silex herausgegebene Wochenzeitung *Deutsche Kommentare* veröffentlichte in ihrer Nummer vom 4. 2. 56 einen interessanten Bericht aus Buenos Aires über die *Rote Gefahr für Brasilien*. Der Verfasser zitiert z. T. im Wortlaut die Warnungen des Primas von Brasilien in seiner Weihnachts- und Neujahrsbotschaft und bemerkt hiezu: «Diese aufsehenerregenden Worte des brasilianischen Kirchenfürsten sind in der Tat so ernst zu nehmen, wie sie gemeint sind.»

Das *SBZ-Archiv* (Köln), das sich mit Erfolg die Aufgabe stellt, «auf Grund zuverlässigen Quellenmaterials über die Verhältnisse in der Sowjetzone und über die Methodik der kommunistischen Aggressionsversuche in der Bundesrepublik» zu berichten, läßt in seiner Nummer vom 10. 1. 1956 den Autor Jürgen Rühle das viel diskutierte Thema *Die Haltung der Intellektuellen in der Sowjetzone* behandeln, wozu dieser aus eigener Erfahrung Stellung nehmen kann: Erschwerend für ihren Widerstand ist die Position der Intellektuellen zwischen der Masse der Bevölkerung und der Funktionärbürokratie. Auch muß berücksichtigt werden, daß die soziale Lage der Wissenschaftler, Künstler und Ärzte in der Sowjetzone im großen besser ist als in der Bundesrepublik. Die politische Entscheidung wird ferner beeinträchtigt durch jene systematische «Verführung des Denkens», die fertig bringt, daß mancher Intellektuelle trotz persönlicher Bedrängnis an der kommunistischen Ideologie festhält. Ständiger Druck und Bespitzelung lasten endlich am stärksten auf der prominenten Schicht, die nicht in der Masse untertauchen kann. Dennoch ist überall eine Gärung spürbar; nur trägt dieser geistige Widerstand nicht den Charakter offenen Kampfes, sondern denjenigen eines Kleinkrieges im Alltag. — Nur wenige haben sich dem totalitären System vorbehaltlos zur Verfügung gestellt. Für Außenstehende scheint es schwer verständlich, wie diese kleine Gruppe keineswegs überdurchschnittlicher Kapazität der ganzen Kultur ihren Stempel aufzudrücken vermag; sie hat jedoch alle öffentlichen und geheimen Machtmittel des Staates hinter sich. Von diesen «Einpeitschern», die von der gesamten übrigen Intelligenz verachtet und gehaßt werden, muß die eigentliche kulturelle Parteiprominenz unterschieden werden, deren inneres Unbehagen sich in zunehmender künstlerischer Impotenz ausdrückt. Eine dritte Gruppe, die im Kulturleben führend tätig ist, sich aber politisch zurückhält, ist besonders schwierig zu beurteilen.

Einerseits stärkt sie durch ihre Namen und Leistungen den kommunistischen Staat, anderseits erfüllt sie wichtigste Aufgaben, indem sie den Druck lindern und Verbesserungen der kulturellen Verhältnisse durchsetzen kann. Aus dem «Bleiben» ergibt sich für sie ein tiefer, schmerzhafter Konflikt; das Aushalten erfordert Mut, List und einen unscheinbaren Heroismus, doch wird der Punkt, an dem ein Kompromiß nicht mehr möglich ist, auch hier einmal erreicht. Leichter hatte es bisher in gewissem Maße die technische Intelligenz, die von Politik eher verschont blieb. Nun beginnt aber die SED auch von ihr politische Bekenntnisse zu fordern, was die starke Abwanderung technischer Kräfte nach dem Westen noch beschleunigt. Hier muß man sich hingegen hüten, in der Opposition zum Regime auch immer eine Befürwortung der westlichen Politik zu sehen. — Daß die geistötende Atmosphäre im totalitären Staat, wie Rühle betont, nicht einmal mehr nur schöpferische Möglichkeiten, sondern elementare menschliche Werte angreift, legte übereinstimmend Professor Hans Köhler, früher Theologe an der Universität Leipzig, in einem Vortrag dar. Er schilderte, wie Christian E. Lewalter (*Die Zeit*, Nr. 3, 19. 1. 56) berichtet, auf ausgezeichnete Weise die Psychologie des in der Sowjetzone lebenden Menschen. Die völlige Ausschaltung der privaten Sphäre, die Verleugnung der freien Entscheidung des Menschen, seine Auslieferung an eine permanente Angst und seine Isolierung gegenüber außen, unter der steten Forderung nach ideologischem Aktivismus, werden lange vor 1984 eine Orwellsche Utopie geschaffen haben, wenn nicht eine kräftige Hilfe der freien Welt einsetzt¹⁾. Köhler gibt hiefür praktische Hinweise. Sie lassen sich in die eine Forderung zusammenfassen: Intensivierung des Kontaktes mit

der Bevölkerung der Sowjetzone in allen menschlichen Bereichen!

Nicht nur in den Kreisen der schweizerischen Wirtschaft ist die Erregung über die *Verdoppelung der amerikanischen Uhrenzölle* durch Eisenhower im Sommer 1954 noch nicht völlig abgeklungen, und schon hat sich frische Besorgnis eingestellt, weil die Uhrenindustrie drüben von neuem protektionistische Vorstöße bei ihrer Regierung unternimmt. Das handelspolitische Gebaren der Welt wird in hohem Maße von der Haltung der USA gelenkt. Das ist einer der Gründe, warum allgemein den Ergebnissen der zur Zeit in Genf vereinigten vierten «Zollrunde» des GATT mit Spannung und während des amerikanischen Wahljahres 1956 ohne rechtes Vertrauen entgegengesehen wird. Unter diesen Umständen kann ein längerer und auf reicher Sachkenntnis basierender Aufsatz: *Die Vereinigten Staaten und die Organisation für Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Handels* von Raymond Vernon aus Millburn, New Jersey, in der 2. Folge des Frankfurter *Europa-Archivs* vom 20. 1. 1956 auch in der Schweiz auf lebhaftes Interesse seiner Leser rechnen. Man wird sich erinnern, daß es die Aufgabe der 9. GATT-Konferenz vom Frühjahr 1955 gewesen ist, die «Organization for Trade Cooperation (OTC)» zu schaffen, mit der als Ersatz für die «International Trade Organization (ITO)» aus der nicht ratifizierten Havanna-Charta vom 24. 3. 1948 dem Genfer Zoll- und Handelsabkommen endlich ein permanentes Vollzugsbüro beschenkt werden sollte. Der Verfasser verweist darauf, daß in der laufenden Sitzungsperiode des Kongresses der Antrag des amerikanischen Präsidenten vom 5. 1. 1956 auf Beteiligung der USA an der OTC den alljährlichen Kampf zwischen Exekution und Legislative um die politische Vorherrschaft wieder entfesseln wird, und er schildert die Vorgeschichte der OTC und die Tendenzen für und gegen das GATT im Kongreß. Dabei arbeitet Vernon klar heraus, daß die Protektionisten im ame-

¹⁾ Der Verfasser erinnert hier an das bekannte Buch von George Orwell: 1984. Deutsche Übersetzung. Diana-Verlag, Zürich 1950. Vgl. Besprechung «Schweizer Monatshefte», Januar 1951, S. 671.

rikanischen Parlament alle Mittel offen und versteckt angewendet haben, um den Beitritt ihres Landes zum GATT zu vereiteln. — Die Darstellung der jüngeren Entwicklungen in der Haltung der USA und der derzeitigen politischen Konstellation enthüllt Vorgänge, die in Europa wenig bekannt sind, deren Kenntnis aber für uns zu richtiger Einschätzung der handelspolitischen Möglichkeiten besonders nutzbringend ist. Während früher die amerikanischen Farmer traditionsgemäß freihändlerisch orientiert waren, sind sie neuerdings dazu übergegangen, Einfuhrbeschränkungen und Exportsubventionen für agrarische Produkte zu befürworten. Auf der anderen Seite haben industrielle Organisationen, in deren Mitte bisher die Schutzzöllner das Übergewicht besaßen, in jüngster Zeit der Bewegung für einen Abbau der Handelshemmisse starken Auftrieb verliehen. Trotzdem urteilt Vernon über die Aussichten eines Anschlusses der USA an das GATT und damit an die OTC ziemlich pessimistisch; insbesondere fürchtet er die Debatte im Senat, der es trefflich versteht, die «scheinbar rein formalen Instrumente der „procédure“ und des „protocol“» (aus Daniele Varé: «Der lachende Diplomat») zur Verschleppung der Entscheidung im Jahre der Präsidentenwahl zu missbrauchen. Die Meisterung solcher Gefahr hält der Verfasser nur dann für möglich, «wenn die amerikanische Regierung bereit ist, die Frage zu einer Angelegenheit allergrößter Bedeutung zu erheben». Sein Mißtrauen in dieser Beziehung deckt sich mit dem unsrigen.

Die führende Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, *Osteuropa*, veröffentlichte in ihrer Dezembernummer einen Aufsatz von Otto Schiller, Professor für Agrarpolitik an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim-Stuttgart, *Das Agrarproblem Asiens und der Kommunismus*, dessen Hauptgedanken sich wie folgt zusammenfassen lassen: Das Vordringen des kommunistischen Herrschaftssystems in

Asien ist vielleicht das bedeutsamste Ereignis des eben abgelaufenen Jahrzehnts der Nachkriegszeit. Für die freie Welt genügt es nicht, diesen Vorgang zu analysieren und ihm gegenüber eine passive Haltung einzunehmen. Vielmehr ist eine aktive geistig-ideologische Abwehr notwendig. Sie übertrifft an Wichtigkeit sogar die militärische und wirtschaftliche Hilfe, vorausgesetzt, daß sie konstruktive Ideen umfaßt und sich um brauchbare Lösungen der drängenden Probleme bemüht. Eines der größten ist zweifellos die Agrarfrage. Entgegen der Theorie von Marx, daß sich Agrarländer am wenigsten für kommunistische Revolutionen eignen, hat die russische und neuerdings auch die chinesische Praxis das Gegenteil bewiesen. Die Bauernbevölkerung, auch wenn sie selbst nicht kommunistisch ist, läßt sich durch die Beseitigung der sozialen Spannungen gewinnen. Ihre technische Rückständigkeit macht sie gegenüber der Umwandlung der individualistischen Kleinbetriebe in kollektivistische Großunternehmen aufgeschlossen. Die Folgen, wie niedrige Lebenshaltung und Mängel einer bürokratisierten Landwirtschaft, werden anfangs gern übersehen. Über diese Trümpfe verfügen die Kommunisten auch in Asien, wo eine Beseitigung feudaler und halbfeudaler Zustände durch Bodenreformen ein dringendes Erfordernis ist. Sie wissen, daß die Agrarfrage erst zur Hälfte gelöst ist, wenn aus den Pächtern Eigentümer geworden sind. Andere Schwierigkeiten, die sich aus der Kleinheit und Kapitalarmut der Betriebe und aus der Bodenaufsplitterung ergeben, müssen behoben werden. Sie verstehen es überdies, die Kollektivierung als Ausweg aus dem Problem der Übervölkerung darzustellen. So finden ihre Ideen in den notleidenden Ländern nachhaltigen Widerhall; um sie abzuwehren, bedarf es eigener, besserer Maßnahmen. In Indien und Pakistan begonnene Versuche sollen beweisen, daß sich durch ähnliche Gemeinschaftsnutzung des Bodens, aber auf der Basis des freiwilligen Zusammenschlusses kleinbäuerlicher Betriebe, Fort-

schritte erzielen lassen. Die Sympathien für solche Pläne beruhen teilweise leider auf Trugschlüssen: Der Bevölkerungsdruck wird infolge rationeller Methoden keineswegs verhindert, sondern erhöht. Für die Industrie sind aber auch ohne Strukturänderung der Landwirtschaft genügend Arbeitskräfte vorhanden. Eine solche wird lediglich den handwerklich-industriellen Bereich, der den Menschenüberschuß aufnehmen könnte, ebenfalls vorzeitig zum Überlaufen bringen. Schließlich ist auch zu bedenken, daß in Ländern mit genügend Menschen die modernen Produktionsmethoden nicht vom Masseneinsatz von Maschinen abhängig sind. — Die bessere Art, landwirtschaftlichen Fortschritt ohne negative Wirkungen im menschlichen Bereich zu erzielen, ist daher die *genossenschaftliche Förderung selbständiger Kleinbauern*.

Echt genossenschaftliche Grundsätze müssen hier zur Anwendung kommen, indem nur diejenigen Funktionen, die über die Grenzen des kleinen Einzelbetriebes oder über die intellektuellen Fähigkeiten des Kleinbauern hinausgehen, auf die Genossenschaft zu übertragen sind, während alles übrige, vor allem die eigentliche Feldarbeit und die Viehhaltung, in der Hand des selbständigen Bauern verbleiben muß. Dabei ist immer zu berücksichtigen, daß in den asiatischen Ländern weder ein hohes Bildungsniveau der ländlichen Bevölkerung noch europäischer Erwerbssinn und Wille zum Fortschritt vorausgesetzt werden können. — Ein Reformplan solcher Art wird in diesem Jahr in einigen Beispieldörfern der pakistanischen Provinz Punjab zum Anlaufen kommen.

DIENST AN SPANIEN

Über den Spanier José Ortega y Gasset

VON ALFRED SCHÜLER

Nahe der chilenischen Küste sichtet Mr. Delano, der Kapitän eines amerikanischen Robbenfängers, ein ziellos dahintreibendes, unbeflaggtes, ein offenbar manövrierunfähiges Schiff, dessen Situation undurchsichtig ist. Der neugierige, gutgläubige Amerikaner, ein hilfsbereiter Mensch, begibt sich an Bord des Frachters, der, genauer besehen, durch einen verwitterten und verschmutzten Helm am Bug als spanisches Schiff kenntlich wird. Der Amerikaner sieht sich von einem Schwarm Neger umringt. Sie zupfen Werg. Sie schleifen Äxte. Es scheint in diesem seltsamen Treiben eine Ordnung zu herrschen, die eigengesetzlich ist. Don Benito Cereno, der Kapitän des spanischen